

## Ukrainisches Massaker im Kursker Gebiet: Mindestens jeder vierte Zivilist getötet

12 Juni 2025 15:39 Uhr

Russische Behörden und Menschenrechtler berichteten über die Verbrechen an der Zivilbevölkerung während der ukrainischen Besetzung des Kursker Gebietes. Auch NATO-Verbündete Kiews waren daran beteiligt.



Quelle: RT © Screenshot aus dem Film "Ich klage Faschismus an".

Besonders schlimme Verbrechen wurden von Jewgeni Fabrissenko und seiner Gruppe begangen – dokumentiert in dem RT-Film "Ich klage den Faschismus an."

*Von Wladislaw Sankin*

Der ukrainische Überfall auf das Kursker Gebiet Russlands war nicht nur ein militärisches Abenteuer, das zehntausende ukrainische Soldaten und ausländische Söldner das Leben kostete. Er war auch ein andauerndes Massaker an der Zivilbevölkerung mit genozidalen Zügen.

Es begann mit den Versuchen der ukrainischen Truppen, die Fluchtwege der fliehenden Menschen mit Verminung und Drohnenangriffen auf zivile Kraftfahrzeuge abzuschneiden. Als Truppen Kiews den südlichen Teil des Kursker Gebiets besetzten, blieben verschiedenen Angaben zufolge zwischen 1.300 und 2.000 Menschen unter ihrer Gewalt. 155.000 Menschen mussten fliehen.

Diese Zahlen gehen aus den Angaben des russischen Sondergesandten Rodion Miroshchnik bei der internationalen Online-Konferenz des Außenministeriums zu diesem Thema hervor. Ihm zufolge starb mindestens jeder vierte Einwohner während der Besatzungszeit.

In absoluten Zahlen sind es 315 (Stand 7. Juni). 1.241 Zivilisten wurden unterschiedlich schwer verwundet, davon 36 Kinder und Jugendliche. Da viele in dem befreiten Gebiet verstreute provisorische Gräber noch ausgehoben und untersucht werden müssen, ist die Zahl der Getöteten vorläufig. 576 Menschen gelten noch als vermisst. Hunderte wurden auf ukrainisches Territorium verschleppt und als Faustpfand und Reserve für einen Gefangenaustausch festgehalten.

Da das Gelände teilweise noch stark vermint ist, kann es noch mehrere Monate dauern, bis eine endgültige Opferbilanz des ukrainischen Einmarsches vorliegt. Der Überfall brachte auch starke Zerstörungen der zivilen Infrastruktur mit sich. Die Zahl der zerstörten oder stark beschädigten Gesundheits-, Bildungs- und Kultureinrichtungen geht in die Hunderte. Der Beschuss auf die zivile Infrastruktur dauert auch nach der Befreiung weiter an – so wurde ein Kulturzentrum im Bezirk Rylsk am Samstag **komplett zerstört**, ein Mann starb, fünf weitere Zivilisten trugen Verletzungen davon.

Drei überlebende Einwohner schilderten bei der internationalen Konferenz ihre Erlebnisse während der Besatzungszeit. Ihre Schilderungen sind verstörend. Sie berichten über Fälle vom vorsätzlichem Mord, Folter, sexueller Gewalt, Verhinderung der Evakuierung und Plünderungen.

Die verbliebenen Menschen litten Hunger und Durst und waren ständig der Gefahr des Beschusses oder einer Erschießung ausgesetzt. Für viele endeten etwa die Gänge zum Wasserbrunnen tödlich. Die Menschen traten auf Minen oder es wurde ihnen in den Rücken geschossen. Die **geschilderten Fälle** ähneln Beschreibungen von Jagdszenen in der Wildnis. Viele der von den Überlebenden erzählten Einzelheiten sind so **verstörend**, dass sie hier nicht wortgetreu wiedergegeben werden können. Im Dorf Nowoiwanowka etwa hat nur die Hälfte der 40 verbliebenen Einwohner die schlimme Besatzungszeit überlebt.

Es gab zum Beispiel Fälle, in denen in Kellerverstecke, wo die Menschen hausten, Granaten geworfen wurden und alle töteten. In dem Dorf Russkoje Poretschnoje hat keiner der verbliebenen 22 Einwohner **überlebt**. In einem anderen Dorf wurden von den verbliebenen 81 Menschen 48 getötet, 24 gelten als vermisst. Manche Häuser wurden von FPV-Drohnen in Brand gesteckt, wobei kranke Hausinsassen sich nicht retten konnten und ums Leben kamen.

In einem Teil der besetzten Stadt Sudscha richtete das ukrainische Militär eine Medienkulisse für westliche Korrespondenten ein. Die Zivilisten dort bekamen humanitäre Hilfe und wurden weniger drangsaliiert. Laut Rodion Mirotschnik war dies jedoch eine reine PR-Maßnahme, um die Verbrechen, die in entfernteren Ortschaften stattfanden, zu verschleiern.

Weitere gerichtsfeste Fakten ukrainischer Kriegsverbrechen lieferte während der Konferenz die RT-Dokumentarfilmerin Olga Kirei. Ihre Schilderungen waren besonders eindrücklich und emotional. Sie sprach mit dutzenden Überlebenden der Besatzung, und auch ukrainischen Tätern. Außerdem geriet sie selbst während eines Rettungseinsatzes unter Beschuss und überlebte nur knapp.

Den Drohnen-Beschuss auf Zivilisten während der Überquerung einer zerstörten Brücke hielt sie auf Kamera fest. Sie möchte dieses Material für eine Anklage der Kiewer Kriegsverbrechen bei der UNO und sonstigen internationalen Organisationen verwenden. Ihren Film nannte sie **"Ich klage den Faschismus an"**.

Gezeigt wurde auch ein von ihr geführtes Interview mit dem ukrainischen Kriegsgefangenen Jewgeni Fabrissenko. Er beteiligte sich an Erschießungen und Vergewaltigungen und wurde bei der russischen Gegenoffensive gefasst. Fabrissenko berichtete:

*"Wir hatten den Befehl vom Kompanie-Kommandanten, dass keine Zivilisten in dem Dorf bleiben sollten."*

Auch andere gefangene Soldaten schilderten, es habe einen Schießbefehl gegeben, dass man sofort auf Russen schießen müsse, wenn von ihnen auch nur die kleinste Gefahr ausgehe.

Die Beweise für all diese Verbrechen werden von den russischen Behörden für künftige Tribunale sorgfältig gesammelt. Derzeit ermittelt das Russische Untersuchungskomitee allein im Zusammenhang mit Verbrechen im Kursker Gebiet in 480 Fällen. 162 ukrainische Soldaten sind bereits verurteilt worden.

Wie andere Fachreferenten der Online-Konferenz schilderten, war das "Kursker Abenteuer" kein ukrainisches Unterfangen, sondern eine koordinierte NATO-Operation mit dem größtmöglichen Einsatz westlicher Waffen und Aufklärungsdaten. Auch viele ausländische Söldner und Instrukteure aus NATO-Ländern waren an den Einsätzen beteiligt. Manche Söldner-Gruppen aus Polen und Georgien hätten dabei besonders gewütet, bestätigte ein Mitglied der russischen Aufklärungskommandos im Gespräch mit *RT*. Die immer wiederkehrenden Informationen über viele kampffähige polnische Söldner seien kein Mythos.

Eines der Ziele des Einfalls in Kursk war der Versuch das AKW Kurtschatow unter ukrainische Kontrolle zu nehmen. Da dies misslang, geriet das Atomkraftwerk immer wieder unter Beschuss, was ein Akt des Nuklear-Terrorismus sei, betonte der Militärexperte Iwan Konowalow in seinem Beitrag.

Wie er weiter anmerkte, war der Kursker Überfall auch ein westliches PR-Projekt. Die Presse im Westen habe wohlwollend über die Invasion berichtet und zahlreiche Korrespondenten in die besetzte Stadt Sudscha geschickt.

Die von den Ukrainern verwendete Technik stammte fast ausschließlich aus dem Westen, wie etwa gepanzerte Fahrzeuge der Typen Bradley, Marder, Striker, MaxxPro, Humvee, die Artillerie- und Raketensysteme HIMARS, MLRS, M777 sowie deutsche Antipersonenminen. "Der Einsatz dieser Technik gegen Russland widerspricht den OSZE-Dokumenten", so der Experte.

*"Früher hat Kiew das Opfer-Image missbraucht, seit der Aggression im Gebiet Kursk ist es damit endgültig vorbei", bilanzierte Miroshchnik.*

Acht Monate dauerte die ukrainische Besatzung des südlichen Zipfels des Kursker Gebiets – mit einer verheerenden Bilanz für die Angreifer. Laut dem russischen Verteidigungsministerium wurden 76.000 ukrainische Soldaten getötet oder verwundet, mehr als 400 Panzer und über 2.000 gepanzerte Wagen, ebenso wie 15 HIMARS und 7 MLRS wurden vernichtet.

An der Konferenz zu den ukrainischen Kriegsverbrechen nahmen mehrere Dutzend Journalisten und Diplomaten aus allen Kontinenten teil. Einzig Vertreter westlicher Medien fehlten. Auch internationale Organisationen wie OSZE und UNO zeigten keinerlei Interesse an einer Teilnahme und ließen die Einladungen unbeantwortet. Bei der anschließenden Diskussion betonten viele Konferenzteilnehmer, wie wichtig es sei, die Informationsblockade der westlichen Pro-Kiew-Medien zu durchbrechen und über die wahren Begebenheiten in dem Konflikt zu berichten.

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

